

Aus der eaf Arbeit

- **2. Ökumenischer Kirchentag: „Familien sind der größte Pflegedienst der Nation“ eaf und FdK fordern bessere Unterstützung pflegender Angehöriger**

Bei einer prominent besetzten Podiumsdiskussion mahnten FdK-Vizepräsidentin Barbara Stamm und eaf-Präsidentin Christel Riemann-Hanewinckel eine Wertedebatte über den Stellenwert der Pflege in der Gesellschaft und bessere Rahmenbedingungen an. Die gemeinsame Veranstaltung von eaf und FdK am 14. Mai im Circus-Krone-Zelt stand unter dem Thema „Die Pflege - ein Pflegefall? Familien im Pflegealltag“.

Bilder der Veranstaltung unter <http://www.eaf-bund.de/284.html>.

Quelle: Pressemitteilung der eaf und des FdK vom 14. Mai 2010

- Am 7. und 8. Juni tagte das **Präsidium** der eaf und diskutierte die ersten Ergebnisse der Mitgliederbefragung durch die Organisationsberatung. Daran anknüpfend wurden Überlegungen angestellt, wie die Ergebnisse auf der Jahrestagung der eaf im September vorgestellt und weiter bearbeitet werden können. Außerdem wurde ein Papier des Fachausschusses 1 zur Kindergrundsicherung diskutiert.
- **Der Fachausschuss 2** der eaf *Bildung, Beratung, Soziale Integration* traf sich zu seiner zweiten Sitzung in diesem Jahr. Er beschäftigte sich mit dem Thema „Inklusion“. Dazu gab Frau Prof. Dr. Ulrike Schildmann, Leiterin der Abteilung Allgemeine Rehabilitationspädagogik der Humboldt-Universität Berlin, einen theoretischen Überblick. Als Praxisbeispiel wurde die Waldschule von Wilfried W. Steinert, Schulleiter der Waldschule und Mitglied des eaf-Präsidiums, in Templin vorgestellt. Zwei Schüler dieser Schule ergänzten die Präsentation eindrucksvoll mit Einblicken in ihren Schulalltag und ihre Erfahrungen.
- **Runder Tisch der eaf zu sexualisierter Gewalt:** Die Präsidentin, Christel Riemann-Hanewinckel, ist Teilnehmerin des „Runden Tisches gegen Kindesmissbrauch“. Im Anschluss an seine konstituierende Sitzung am 23. April, wurde beschlossen, die Arbeit in drei verschiedenen Arbeitsgruppen fortzusetzen (BMFSFJ: „Prävention - Intervention - Information“; BMBF: „Forschung und Lehre“ und BMJ: „Durchsetzung Strafanspruch - Rechtspolitische Folgerungen - Anerkennung des Leidens der Opfer sexuellen Missbrauchs in jeglicher Hinsicht“). Die eaf beteiligt sich an allen drei Arbeitsgruppen, ebenso auch die EKD. Daher wurde ein Gespräch aller Beteiligten zur Information und Koordination notwendig. Dies umso mehr, als gleichzeitig Arbeitsgruppen zur Vorbereitung eines Kinderschutzgesetzes tagen, in die eaf, EKD und DW EKD ebenfalls eingebunden sind. Zwischen beiden Verfahren bestehen zahlreiche Schnittstellen, so dass es geraten schien, dieses Gespräch um diese Beteiligten zu erweitern. Das erste Treffen fand am 16. Juni in Berlin statt, weitere Termine sind für Juli und September verabredet. Der Runde Tisch der Ministerien soll insgesamt bis Ende 2011 arbeiten und Ende 2010 einen Zwischenbericht vorlegen. Ein Referentenentwurf des Kinderschutzgesetzes soll über die Sommerpause erarbeitet werden.

- **AGF jetzt Mitglied in der COFACE:** Seit dem 25. März 2010 ist die AGF Mitglied bei der Confédération des Familiales de l'Union européenne (Confederation of Family Organisations in the European Union). Unter dem Dach der COFACE arbeiten über 50 europäische Familienorganisationen zusammen. Sie tauschen Erfahrungen aus und nehmen mit Tagungen, Stellungnahmen und Positionspapieren Einfluss auf die Europäische Ebene der Familienpolitik. Bereits im letzten Jahr hatte die AGF den Status eines Gastmitglieds. Nach der erfolgreichen Testphase haben sich die COFACE und die AGF für eine Vollmitgliedschaft der AGF entschieden. Die AGF ist Deutschlands einziges Mitglied der COFACE und erhöht die Einfluss- und Kommunikationsmöglichkeiten zwischen der europäischen und nationalen Ebene sowie den Erfahrungsaustausch mit weiteren Europäischen Staaten. Die AGF freut sich auf eine intensive Zusammenarbeit in den nächsten Jahren.
Quelle: AGF Website, gesehen am 18. Mai 2010, 13:09 Uhr

- **Familienorganisationen:
Wirtschaftskrise muss Anlass für langfristige Konzepte sein**

Die aktuellen Sparvorschläge und Kürzungen bei Familien stoßen bei den in der AGF zusammengeschlossenen Familienorganisationen auf Unverständnis. Sie plädieren stattdessen für eine zukunftsorientierte Politik, die die Belange der nächsten Generationen in den Vordergrund stellt. „Ausgerechnet jetzt, wo der Sinn von Zukunftsinvestitionen offensichtlich ist, verläuft die Diskussion rückwärts gerichtet“, so die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V., Edith Schwab, anlässlich der anhaltenden Diskussion über Einsparungen im Bereich von familien- und sozialpolitischen Maßnahmen. „Gerade jetzt bei Kindern, Familie und Bildung zu sparen, wäre absolut kontraproduktiv.“ Daher dürfen Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut und zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Kinder mit ihren Familien auch nicht in der Finanzkrise reduziert oder gar aufgegeben werden.

Einsparungsvorschläge im Bildungsbereich, in Bezug auf das Elterngeld oder die Einschränkung des Kinderbetreuungsausbaus für unter Dreijährige sind Signale in eine völlig falsche Richtung. So würde beispielsweise eine Kürzung des Elterngeldes für nicht berufstätige Mütter oder Familien mit kleinen und mittleren Einkommen genau die Menschen hart treffen, deren finanzielle Lage mit Kindern am angespanntesten ist. Kürzungen würden zu einer Stagnation der finanziellen und infrastrukturellen Situation von Familien führen, was fatale Auswirkungen auf ihre Lebensbedingungen und Zukunftschancen hätte. [...]

Die Familienorganisationen sehen die derzeitigen Herausforderungen, die durch die Wirtschaftskrise entstanden sind, als ganz besondere an, die außergewöhnliche Anstrengungen erfordern. Die Krise sollte aber in diesem Sinne auch Anlass sein, Mut zu langfristigen Konzepten aufzubringen.

Quelle: Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. vom 4. Juni 2010: [Download der Pressemitteilung](#)

Tagungen und Veranstaltungen

- **Jahrestagung der eaf vom 22. - 24. September 2010 in Schwäbisch Gmünd
„Familie in der Gemeinde“**

Die diesjährige Jahrestagung der eaf verbindet Familie als Thema und Aufgabe der Evangelischen Kirche und die Weiterentwicklung der eaf. Es geht um die Wahrnehmung der Interessen von Familien und Angeboten für Familien auf regionaler kirchlicher Ebene. Kirchengemeinden sind dabei nicht losgelöst von den politischen Gemeinden, in denen Sie beheimatet sind. Welche Formen von Zusammenarbeit und Verknüpfungen sind denkbar, vielleicht auch schon vorhanden? Wie nehmen sich die Akteure in dem Feld gegenseitig wahr? Prof. Dr. Gerhard Wegner vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD wird zu diesem Thema einen Vortrag halten.

Für unterstützende Angebote und für die Interessenvertretung von Familien sind die Mitglieder der eaf mit verantwortlich. Wie können die unterschiedlichen Arbeitsbereiche der Mitgliedsorganisationen hier besser miteinander zusammenarbeiten und wie können wir als Gesamtverband uns gegenseitig wirksamer unterstützen, sind einige der gemeinsam zu beantwortenden Fragen des Donnerstages. Anknüpfungspunkte dafür bieten die Ergebnisse der Organisationsberatung. Diese werden Frau Pischetsrieder und Herr Dr. Gellert einleitend

vorstellen und daran knüpfen die einzelnen Arbeitseinheiten des Tages an. Dabei wird es z. B. in methodisch unterschiedlichen Arbeitsphasen um Kooperation innerhalb der eaf, Struktur und Arbeitsweisen der Gremien, die Erhöhung politischer Wirksamkeit, des Verhältnisses von eaf und EKD oder den Beteiligungsformen der Mitglieder gehen.

[Download Anmeldung und Programm](#)

- **Workshop zu Handlungsstrategien zum Auf- und Ausbau eines inklusiven Sozialraums, 29. Juni 2010 in Berlin**

Eine Veranstaltung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.
Deutsches Architekturzentrum, Berlin, 10:00 bis 16:00 Uhr, Auskunft: 030 / 62 980 -605/
-606/ -419, Veranstaltungsnummer: F 476/10
Das Programm kann hier eingesehen werden: [Programm](#)

- **Väter in neuer Verantwortung: Jahrestagung Liga am 15./16. Oktober 2010 in München**

Unter dem Titel „Väter in neuer Verantwortung“ veranstaltet die Deutsche Liga für das Kind ihre diesjährige öffentliche Jahrestagung am 15. und 16. Oktober 2010 in der Kunstakademie in München. Schirmherrin ist Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder. [...]

Ziel der Tagung ist es, die Anforderungen an moderne Vaterschaft zu benennen und Chancen aber auch Hindernisse und Fallstricke der väterlichen Rolle aufzuzeigen. Im Dialog zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik soll erörtert werden, wie Väter ihrer neuen Verantwortung gerecht werden können. Die interdisziplinäre Tagung richtet sich an Mitarbeiter(innen) in pädagogischen, sozialen und medizinischen Einrichtungen, an Verantwortliche in Politik, Verwaltung und Verbänden, an Studierende und Auszubildende sowie an alle, die am Thema „Väter“ interessiert sind.

Teilnahmegebühr inkl. Imbiss und Tagungsunterlagen 90,- Euro (Studierende 40,- Euro).
Das Programm ist über die Geschäftsstelle der Deutschen Liga für das Kind erhältlich: Deutsche Liga für das Kind, Charlottenstr. 65, 10117 Berlin, Tel.: 030 / 28 59 99 70, Fax: 030 / 28 59 99 71, E-Mail: post@liga-kind.de, www.liga-kind.de

- **Deutsch-Polnische Vater-Kind Begegnung „Zwerge treffen Riesen“, 15. – 20. August 2010 in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Kreisau in Polen**

Je fünf „Riesen“ (Väter) aus Deutschland und Polen mit ihren „Zwergen“ (Kinder zwischen acht und 13 Jahren) haben seit nunmehr drei Jahren die Möglichkeit bei einer deutschpolnischen Vater-Kind-Begegnung gemeinsam eine intensive Zeit in Polen zu verbringen, sich mit der eigenen Familie sowie dem Nachbarland zu beschäftigen und dabei eine Menge Spaß zu haben. Auch in diesem Jahr treffen sich Zwerge und Riesen aus Polen und Deutschland in Kreisau (mit dem Auto circa vier Stunden von Berlin), um gemeinsam spannende Abenteuer zu bestehen. [...] Die Begegnung wird zweisprachig durchgeführt, so dass alle mitmachen können, die Lust haben, auch wenn sie kein Polnisch sprechen!

Anmeldung: Michael Teffel, Tel.: 030 / 53 83 63 63 , E-Mail: teffel@kreisau.de, www.kreisau.de

- **Fachtagung „Die Zukunft der Bürgerbeteiligung: Herausforderungen – Trends – Methoden“, 24. - 26. September 2010 in der Evangelischen Akademie Loccum**

Bürger/innen und Entscheidungsträger/innen haben in den letzten Jahrzehnten vielfältige Schritte hin zu einer stärkeren kooperativen Zusammenarbeit, zu mehr Bürgerbeteiligung und zu einer gelebten Demokratie in den Kommunen gemacht. Dies zeigt sich an einer Vielzahl von großen und kleinen Projekten und ihren beeindruckenden Ergebnissen sowie an einer bemerkenswerten Sammlung von Methoden und Prozessmanagementstrategien. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, Bürger/innen in kommunale Entscheidungsprozesse einzubeziehen. [...]

Die Tagung wird in diesem Jahr zum 15. Mal in Kooperation zwischen der Stiftung MITARBEIT und der Ev. Akademie Loccum durchgeführt.

Vertiefende Informationen zu den Inhalten unter www.mitarbeit.de/loccum2010.html

Anmeldung zur Veranstaltung unter <http://www.loccum.de>

Weitere Informationen: Marion Stock, Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn,

Tel.: 02 28 / 6 04 -24, Fax: -22, stock@mitarbeit.de, oder Reinhard Behnisch, Evangelische Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel.: 0 57 66 / 81-10 5, Fax: 0 57 66 / 81-90 0, reinhard.behnisch@evlka.de

- **14. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2011 ist online**

Unter www.jugendhilfetag.de ist jetzt das Websiteangebot zum 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) online gegangen. Die Webseiten bieten erste Informationen zu Europas größtem Fachkongress mit Fachmesse im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

Ausgerichtet wird der 14. DJHT, der das Motto „Kinder. Jugend. Zukunft: Perspektiven entwickeln – Potenziale fördern!“ trägt, von der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ vom 7. bis 9. Juni 2011 in Stuttgart. [...] Kontaktdaten für Fragen rund um das Thema 14. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag können ebenfalls auf der Website abgerufen werden. Das Websiteangebot bietet jedoch nicht nur Informationen und einen Ausblick auf den 14. DJHT, sondern auch einen Rückblick auf die vergangenen zwei Kinder- und Jugendhilfetage.

Quelle: Presseinformation der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) vom 19. Mai 2010

Familienpolitische Entwicklungen

- **Familienministerium: Modifizierung des Elterngeldes zur Konsolidierung des Haushalts**

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, begrüßt die Ergebnisse der Kabinettsklausur zum Bundeshaushalt 2011. „Als junge Abgeordnete habe ich immer die Konsolidierung des Bundeshaushalts gefordert, dazu stehe ich auch jetzt als jüngste Bundesministerin“, sagt Kristina Schröder am 7. Juni in Berlin. „Wir alle müssen sparen – auch Familien sind davon nicht ausgenommen. Aber wir müssen das intelligent machen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind die Familien das stabile Fundament unserer Gesellschaft!“, so die Bundesfamilienministerin.

Im Etat des Bundesfamilienministeriums (Einzelplan 17) soll es Einsparungen von jährlich 630 Millionen Euro geben. Gemessen am Gesamtetat des Ministeriums ist das ein hoher Sparbeitrag, dafür soll er in den Folgejahren jedoch gleich bleiben und nicht weiter steigen. Ursprünglich lag der Haushaltsansatz des Bundesfamilienministeriums für 2011 bei rund 6,5 Milliarden Euro. Das Elterngeld nimmt mit 4,5 Milliarden Euro davon etwa 70 % ein. Erreicht wird die Einsparsumme durch Modifizierungen beim Elterngeld. Sowohl das Mindestelterngeld von 300 Euro als auch der Höchstsatz von 1.800 Euro bleiben dabei unangetastet.

Die Änderungen im Detail:

Bei höheren Einkommen wird die Lohnersatzquote abgeflacht: Ab 1.240 Euro bereinigtem Nettoeinkommen sinkt die so genannte Ersatzquote von 67 auf 65 %. Betroffen sind auf Grundlage der Bezugswahlen 2009 rund 195.000 der insgesamt 800.000 Elterngeldbezieher – und damit 25 %. Dazu werden pauschal besteuerte Arbeitgeberleistungen – zum Beispiel Dienstwagen – bei der Berechnung des Einkommens nicht mehr berücksichtigt. Betroffen sind 60.000 der Elterngeldbezieher 2009 (7,5 %). Das gilt auch für Einkünfte außerhalb der Europäischen Union. Das betrifft 30.000 aller Elterngeldbezieher 2009 (rund vier Prozent).

Das Elterngeld soll auch bei Hartz IV-Empfängern angerechnet werden – so wie das beim Kindergeld bereits geschieht. Dies ist keine Benachteiligung, denn Leistungen nach dem SGB II dienen der Absicherung des Bedarfs. Bezieht der erwerbsfähige Hilfebedürftige zusätzliche Einkünfte, werden diese angerechnet. Betroffen sind rund 130.000 Familien – 16 % aller Elterngeldbezieher 2009. Zentrales Anliegen ist, einen Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu setzen. Bisher bezieht eine Familie mit zwei Kindern nach SGB II – inklusive Elterngeld – Leistungen vom Staat von bis zu 1.885 Euro.

„Das Elterngeld ist ein Erfolgsmodell“, erklärt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder. „Deshalb habe ich dafür gekämpft, dass die grundlegende Struktur unangetastet bleibt – das ist gelungen! Ebenso unangetastet bleiben das Sondervermögen und der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz 2013. Das ist wichtig, denn eine erfolgreiche Familienpolitik leistet mehr als nur

unmittelbare finanzielle Unterstützung. Wir dürfen nicht die Kräfte abwürgen, die wir brauchen, um das Land wieder aus der Krise zu führen“, sagt Kristina Schröder.

Weitere Informationen zur Politik des BMFSFJ finden Sie im Internet unter www.bmfsfj.de und www.familien-wegweiser.de.

Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 7. Juni 2010

● Einkommensentwicklung in Deutschland: Die Mittelschicht verliert

DIW Berlin: „Auch Menschen mit höherem Einkommen sollten zum Sparpaket beitragen.“

Arm und Reich driften in Deutschland immer weiter auseinander. Das ist das zentrale Ergebnis einer neuen Studie des DIW Berlin zur Einkommensverteilung in Deutschland auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Die Studie zeigt deutlich, dass nicht nur die Anzahl Ärmere und Reicherer immer weiter wächst – seit zehn Jahren werden ärmere Haushalte auch immer ärmer. Für die DIW-Experten Martin Gornig und Jan Goebel ist das eine besorgniserregende Entwicklung: „Dieser Trend verunsichert die Mittelschicht“, sagen sie. „Eine starke Mittelschicht ist aber wichtig für den Erhalt der gesellschaftlichen Stabilität.“

Nur 60 % der Menschen in Deutschland gehören noch zur Mittelschicht, mit Nettoeinkommen zwischen 860 und 1.844 Euro. 2000 waren es noch mehr als 66 %. Stark gestiegen ist vor allem die Zahl der Menschen mit niedrigem Einkommen, von 18 % 2000 auf fast 22 % 2009. Zudem steigt die Zahl der Menschen mit Niedrigeinkommen nicht nur immer mehr an – diese Gruppe verdient auch in absoluten Zahlen immer weniger: Verdiente ein Singlehaushalt der unteren Einkommensgruppe 2000 im Schnitt noch 680 Euro, waren es 2008 nur noch 645 Euro. Gleichzeitig ist auch der mittlere Verdienst höherer Einkommensgruppen gestiegen, von 2.400 auf 2.700 Euro – der Abstand zwischen Arm und Reich vergrößerte sich also erheblich.

Arbeitsmarkt entscheidend für die Einkommensverteilung

Hauptursache für die zunehmende Entfernung der Einkommensgruppen voneinander sei vor allem die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt: „Wenn die Zahl der Beschäftigten zurückgeht, steigt die Zahl der Menschen in unteren Einkommensgruppen.“ Deshalb habe die Wirtschaftskrise 2009 dank des „deutschen Jobwunders“ auch keine massiven Auswirkungen auf die Einkommensverteilung gehabt. Bei steigenden Beschäftigtenzahlen würde diese Entwicklung aber nicht umgekehrt, sondern nur gestoppt. „Wir sehen hier einen langfristigen, relativ gleichmäßigen Trend“, sagt Jan Goebel. „Und dieser Trend ist besorgniserregend.“

[...] Auch das geplante Sparpaket der Bundesregierung hält Jan Goebel vor dem Hintergrund der beobachteten Entwicklung für zu einseitig: „Die bisher gemachten konkreten Vorschläge betreffen nur die unteren Einkommen. Der Anteil der Reichen aber steigt stetig und die Reichen verdienen auch immer besser. Da stellt sich schon die Frage, ob diese Gruppe nicht auch einen Sparbeitrag leisten sollte.“

Beispielrechnung: Je nach Haushaltsgröße verschieben sich die Einkommensgrenzen

2005	Niedrige Einkommen	Mittlere Einkommen	Hohe Einkommen
Singlehaushalt	bis 860 Euro	861 – 1844 Euro	ab 1845 Euro
Alleinerziehende, zwei Kinder unter 14 Jahren	bis 1376 Euro	1377 – 2951 Euro	ab 2952 Euro
Zwei Erwachsene, ein Kind unter 14, ein Kind über 14 Jahren	bis 1978 Euro	1979 – 4242 Euro	ab 4243 Euro

Die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung wird durch Umrechnung in sogenannte Äquivalenzeinkommen – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – vergleichbar gemacht. Dazu werden die Haushaltseinkommen unter Verwendung einer von der OECD vorgeschlagenen Skala umgerechnet. Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1; weitere erwachsene Personen haben

jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder von 0,3. Als Kind gilt, wer das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Hintergrund: Stichwort SOEP

Die DIW-Forscher verwendeten für ihre Untersuchung die Haushaltsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine seit 1984 laufende Langzeitbefragung von mehr als 10.000 privaten Haushalten in Deutschland. Das am DIW Berlin angesiedelte SOEP gibt Auskunft über Faktoren wie Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung oder Gesundheit. Im Auftrag des DIW Berlin werden jedes Jahr in Deutschland über 20.000 Personen in rund 11.000 Haushalten von TNS Infratest Sozialforschung befragt. Weil jedes Jahr die gleichen Personen befragt werden, können langfristige soziale und gesellschaftliche Trends besonders gut verfolgt werden

Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. Von Jan Goebel, Martin Gornig, Hartmut Häußermann, in: Wochenbericht 24/2010

Quelle: DIW Pressemitteilung vom 15. Juni 2010, presse@diw.de

● **Familienreport 2010: Familienleistungen fördern Wachstum und Stabilität**

„Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist die Familie das stabile Fundament unserer Gesellschaft“, betonte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder anlässlich der Präsentation des zweiten Familienreports am 1. Juni 2010 in Berlin. „Wir müssen gemeinsam alles dafür tun, dass dies auch so bleibt. Eine aktive, an den Bedürfnissen von Eltern und Kindern ausgerichtete Familienpolitik ist wichtiger denn je. Der Familienreport zeigt, wo in Krisenzeiten wichtige Kräfte schlummern – nämlich in den Familien selbst und in einer familienfreundlichen Arbeitswelt. Diese Potenziale können wir nur entfesseln, wenn wir den Familien faire Chancen eröffnen und Zeit für Verantwortung geben – sowohl für die Kindererziehung als auch für die Pflege von Angehörigen. Wir sind auf dem richtigen Weg und dürfen uns davon nicht abbringen lassen“.

Die wichtigsten Ergebnisse des Familienreports 2010:

Der Zusammenhalt in der Familie ist nach wie vor hoch: Drei Viertel der Bevölkerung rechnet bei schwierigen Lebenslagen mit der Unterstützung der Familie. Deutsche Großeltern verbringen fast doppelt soviel Zeit mit ihren Enkeln wie skandinavische Großeltern. Kinder helfen in Deutschland im Vergleich zu ihren europäischen Nachbarn am meisten ihren Eltern.

Kindergeld, Elterngeld und Kinderzuschlag wirken: Die Leistungen erhöhen das Familieneinkommen und stützen damit auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Der bemerkenswert stabile Inlandskonsum wird in hohem Maße von den Familien getragen. Familienhaushalte mit zwei Kindern etwa hatten 2009 ein bis zu 11 % höheres Einkommen als 2008. [...]

Der Familienreport wird jährlich vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegeben. Er enthält eine umfassende Darstellung von Leistungen, Wirkungen und Trends rund um Familie und Familienpolitik.

[Download Familienreport 2010](#)

Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 1. Juni 2010

● **Deutscher Städte- und Gemeindebund zum Bildungsgipfel: Krippenausbau finanzieren**

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert Bund und Länder im Rahmen des Bildungsgipfels auf, eine solide Finanzierung des Ausbaus der Krippenplätze sicher zustellen. „Frühkindliche Bildung ist der Grundstein für den Weg in die Bildungsrepublik“, so das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, am 10. Juni in Berlin. [...]

Die Städte und Gemeinden wissen um die wichtige Aufgabe einer Verbesserung der Kinderbetreuung und unternehmen alles, was in ihrer Kraft steht, aber Bund und Länder müssen auch ihre Hausaufgaben machen. Der letzte Krippengipfel zwischen Bund und Ländern ist davon ausgegangen, dass wir bis 2013 einen Bedarf von 750.000 Plätzen für Kinder unter drei Jahren bereitstellen müssen und damit der Bedarf gedeckt ist. Auf dieser Grundlage ist auch der Rechtsanspruch im Gesetz formuliert worden.

Nach der vom DStGB mitgetragenen Forsa-Umfrage aus dem vergangenen Jahr wird der Bedarf

deutlich höher ausfallen, als die bisher geplanten 750.000 Plätze bundesweit. „Wir erwarten deshalb neben der Feststellung des tatsächlichen Bedarfs auch eine Neuberechnung der Finanzierungserfordernisse. Bund und Länder müssen sich hier stärker engagieren oder aber der Rechtsanspruch muss eingeschränkt oder verschoben werden“, so Landsberg abschließend.
Quelle: ots-Originaltext Deutscher Städte- und Gemeindebund vom 10. Juni 2010

- **Tatsächlichen Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen ermitteln**

Die Bundesregierung soll gemeinsam mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden „unverzüglich“ eine fundierte und aktualisierte Ermittlung des tatsächlichen Bedarfs an Kinderbetreuungsplätzen zur Realisierung des Rechtsanspruchs ab dem Jahr 2013 vornehmen. Dies fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (17/1778). Weiter soll die Regierung das Finanzvolumen am tatsächlichen Bedarf ausrichten und alle Kosten zur Realisierung der mit dem Kita-Ausbau angestrebten Ziele und Leistungen in die Kostenkalkulation einbeziehen. Außerdem soll nach dem Willen der Abgeordneten überprüft werden, ob die Verteilung der Betriebskosten über Umsatzsteueranteile geeignet ist, die Mittel zielorientiert in finanzschwache Kommunen zu leiten.

Der Ausbau der Kinderbetreuung bis 2013 sei ein wichtiger Schlüssel zur Chancengleichheit von Kindern, schreibt die Fraktion zur Begründung. Nach dem Kinderförderungsgesetz hätten Eltern vom 1. August 2013 an einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Dieser Rechtsanspruch komme spät. Nun müsse sichergestellt werden, dass er tatsächlich 2013 in Kraft treten kann.

Quelle: heute im bundestag Nr. 172 vom 31. Mai 2010

Zahlen, Daten, Fakten

- **Vorläufige Ergebnisse für das 1. Quartal 2010:
Mehr Geburten und Eheschließungen, weniger Sterbefälle**

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, ist nach vorläufigen Ergebnissen die Zahl der lebend geborenen Kinder in Deutschland im ersten Quartal 2010 mit 162.100 Kindern um rund 7.000 oder um 4,5 % gegenüber dem ersten Quartal 2009 (155.100) gestiegen. Bei den Sterbefällen ergab sich im ersten Quartal 2010 ein Rückgang um etwa 10.000 Fälle oder um 4,2 % auf 226.000. Somit wurden im ersten Quartal 2010 rund 63.900 weniger Kinder geboren als Menschen verstarben. Im ersten Quartal 2009 hatte der Saldo aus lebend geborenen Kindern und Sterbefällen 80.800 betragen.

In den ersten drei Monaten 2010 heirateten 38.600 Paare, im ersten Quartal 2009 waren es 37.500 gewesen. Damit hat die Zahl der Eheschließungen um 1.100 Paare oder 2,9 % zugenommen. Da es sich bei diesen Ergebnissen um einen ersten vorläufigen Bearbeitungsstand der Standesämter für das erste Quartal 2010 handelt, lassen sich hieraus noch keine längerfristigen Entwicklungstendenzen ableiten.

Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 213 vom 16. Juni 2010

- **Elterngeld beträgt im Schnitt 699 Euro im Monat**

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, hatten Eltern, die den Elterngeldbezug im ersten Quartal 2010 beendeten, im bundesweiten Durchschnitt Anspruch auf 699 Euro Elterngeld für den ersten Bezugsmonat. Bei Vätern lag der Elterngeldanspruch durchschnittlich bei 967 Euro, Mütter hatten im Schnitt Anspruch auf 632 Euro.

In den unterschiedlichen Durchschnittswerten des Elterngeldanspruchs spiegeln sich neben den individuellen Entscheidungen zur Inanspruchnahme von Elterngeld auch Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Eltern wider. Rund acht von zehn Vätern (81 %) und knapp sechs von zehn Müttern (58 %) waren vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig. Der durchschnittliche Elterngeldanspruch lag bei erwerbstätigen Vätern im ersten Bezugsmonat im Schnitt bei 1.114 Euro monatlich, für erwerbstätige Mütter hingegen bei 855 Euro. Bei sozialversicherungspflichtig beschäftigten Müttern wird das Mutterschaftsgeld (in der Regel in den ersten beiden Monaten nach der Geburt gezahlt) auf den Elterngeldanspruch angerechnet.

Eltern, die vor der Geburt des Kindes nicht erwerbstätig waren, erhalten den Elterngeldgrundbetrag in Höhe von 300 Euro monatlich. Erwerbstätige wie nicht erwerbstätige Eltern erhalten je nach Familiensituation noch einen Geschwisterbonus und/oder einen Mehrlingszuschlag. Die-

se beiden möglichen Aufstockungsbeiträge sind in der Berechnung des Gesamtdurchschnittsbetrags und der Elterngeldansprüche von erwerbstätigen Vätern und Müttern enthalten. Für nicht erwerbstätige Eltern erhöht sich der durchschnittliche Elterngeldanspruch hierdurch bundesweit auf 329 Euro. [...]

Detaillierte Ergebnisse der Elterngeldstatistik für das erste Quartal 2010 sind abrufbar im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter dem Stichwort „Elterngeld“.

Eine zusätzliche Tabelle bietet die Online-Fassung der Pressemitteilung unter www.destatis.de.
Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 206 vom 10. Juni 2010

- **Junge Männer bleiben länger im elterlichen Haushalt**

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) verlassen junge Frauen früher das Elternhaus als ihre männlichen Altersgenossen. So lebten im Jahr 2008 knapp die Hälfte (47 %) der 18- bis 26-jährigen Frauen als ledige Kinder im elterlichen Haushalt, bei den gleichaltrigen Männern waren dies fast zwei Drittel (63 %). Das ist ein Ergebnis der heute veröffentlichten Broschüre „Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen“.

Junge Frauen leben sehr viel häufiger in einer Partnerschaft als junge Männer. 25 % der 18- bis 26-jährigen Frauen führten eine Ehe- oder Lebensgemeinschaft; bei den gleichaltrigen Männern waren dies nur 12 %. In einem Einpersonenhaushalt lebten jeweils 20 % der jungen Frauen und Männer. Acht Prozent der jungen Frauen und fünf Prozent der jungen Männer waren allein erziehend oder lebten in sonstigen Mehrpersonenhaushalten wie Wohngemeinschaften.

Im mittleren Alter sind Männer häufiger Singles als Frauen. 23 % der 27- bis 59-jährigen Männer lebten allein; bei den Frauen dieser Altersklasse waren es nur 15 %. Bei den älteren Menschen ist das umgekehrt. Von den Männern ab 60 Jahren waren 17 % allein lebend. Die Frauen ab 60 Jahren lebten dagegen zu 41 % allein in einem Haushalt.

Anders als bei Menschen im jungen oder mittleren Alter ist das Alleinleben im Alter häufig nicht selbst gewählt. Verstirbt der Partner, sind davon vor allem Frauen betroffen. 73 % der allein lebenden Frauen ab 60 Jahren und 46 % der Männer dieses Alters waren 2008 verwitwet. Für die Finanzierung des Lebensunterhaltes bedeutet das, dass Renten von allein lebenden Frauen häufig durch Hinterbliebenenrenten ergänzt werden.

Die Broschüre „Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen“ enthält weitere Ergebnisse zur Bildung, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder zum Lebensunterhalt. Sie basiert ganz überwiegend auf Daten des Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa, und wird in Kürze auch in gedruckter Version verfügbar sein.

Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 197 vom 7. Juni 2010

- **Bevölkerungsforschung, Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Ausgabe 03/2010 Weiterbeschäftigung im Rentenalter**
Potenziale, Einstellungen und Bedingung

[...] Ein derzeit diskutierter Ansatz, der bereits politisch umgesetzt wurde, besteht in der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre für die jüngeren Geburtsjahrgänge. Dabei zeigen Umfragen – darunter auch eine repräsentative Befragung des BiB –, dass viele Arbeitnehmer ihren Ruhestand keineswegs wörtlich nehmen wollen. Vielmehr ist die Bereitschaft zur Weiterarbeit im Rentenalter relativ hoch.

Quelle: bib-bev-aktuell@destatis.de

[Download der Datei.](#)

- **Wanderungen 2009: Wieder mehr Personen nach Deutschland gezogen**

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, sind im Jahr 2009 nach vorläufigen Ergebnissen 721.000 Personen nach Deutschland zugezogen. Dies waren 39.000 Zuzüge mehr als 2008 (+ sechs Prozent). Über 700.000 Zuzüge waren zuletzt im Jahr 2005 verzeichnet worden. Zum Vergleich: Anfang des Jahrtausends wanderten jährlich deutlich über 800.000 Personen nach Deutschland zu.

Hauptherkunftsländer der Zuwanderer waren im Jahr 2009 Polen (123.000), Rumänien (56.000), die USA (30.000), die Türkei (30.000) und Bulgarien (29.000). Die Zuwandernden ließen sich vor allem in Nordrhein-Westfalen (146.000), Baden-Württemberg (122.000) und Bayern (122.000) nieder.

Von den 721.000 Zugezogenen waren 606.000 ausländische Personen, das waren 32.000 (sechs Prozent) mehr als im Vorjahr. Über die Hälfte davon (58 %) kam aus der EU. Die Zahl der Zuzüge deutscher Personen ist mit rund 115.000 gegenüber dem Vorjahr um 6.000 beziehungsweise um sechs Prozent angestiegen. Diese Zahl enthält die Zuzüge von Spätaussiedlern (rund 3.000 ohne ausländische mitreisende Familienangehörige) und von weiteren Deutschen, die zum Beispiel aus dem Ausland zurückkehrten. [...]

Der Wanderungssaldo 2009 ergab sich aus einem Wanderungsüberschuss ausländischer Personen von rund 27.000 Personen (2008: 11.000) und einem Abwanderungsverlust deutscher Bürgerinnen und Bürgern von 40.000 (2008: 66.000).

Innerhalb Deutschlands zogen im Jahr 2009 aus den neuen Bundesländern 120.000 Personen in die alten Länder (2008: 137.000), während 88.000 Menschen die umgekehrte Richtung wählten (2008: 86.000). Damit ging die Wanderung von Ost- nach Westdeutschland um 12 % zurück, während die West-Ost-Wanderung nur leicht über dem Niveau des Vorjahres lag. Berlin bleibt aufgrund seiner Sonderstellung bei dieser West-Ost-Betrachtung ausgeklammert.

Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 185 vom 26. Mai 2010

• **EKD-Statistik veröffentlicht drei neue Flyer - Kurzinfos zu Taufen, Jugend und Kirchgebäuden**

In drei neuen, handlichen Faltblättern hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) Zahlen zum kirchlichen Leben für die EKD und ihre Gliedkirchen veröffentlicht. Die handlichen Leporellos im Format 10 x 10 cm ersetzen und ergänzen das bisherige Faltblatt „Kurz und bündig“. [...]

Aus dem Faltblatt „Kinder und Jugendliche“ geht hervor, dass im Jahr 2008 auf 100 Geburten 27 evangelische Kindertaufen kamen. Das entspricht im EKD-Durchschnitt ungefähr dem Anteil der evangelischen Kinder an den unter Fünfzehnjährigen in der Bevölkerung (27,6 %). Die auffälligen Unterschiede der Taufquote zwischen den Landeskirchen, die eine Bandbreite von 13,1 % in Anhalt bis zu 70 % in Schaumburg-Lippe abdecken, sind vor allem auf den jeweiligen Anteil der Evangelischen an der Bevölkerung, aber auch auf eine unterschiedliche Taufbereitschaft in Abhängigkeit von der christlichen Sozialisation des sozialen Umfelds zurückzuführen. Zusätzlich wirkt sich im Osten außerdem die ungünstigere Altersstruktur der Evangelischen aus, die dazu führt, dass hier weniger Kinder in evangelischen Haushalten geboren werden als in der übrigen Bevölkerung. [...]

Der Bestand an Kirchen und Kapellen beläuft sich EKD-weit auf mehr als 20.000. Von den 16.600 unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden liegen fast 4.000 in Mitteldeutschland. Unterhalt und Pflege dieser Sakralbauten sind mit einem hohen Kostenaufwand verbunden, der von mancher Landeskirche nur mit großer Anstrengung zu bewältigen ist. Dennoch wurden zwischen 1990 und 2006 lediglich 340 Kirchen und Kapellen aufgegeben. 371 Gottesdienststätten wurden im selben Zeitraum neu gebaut.

[Download der Faltblätter.](#)

Quelle: Pressemitteilung der EKD vom 26. Mai 2010

Themen, die weiter zu beobachten sind

• **Grüne wollen angekündigtes Betreuungsgeld kippen**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will das von der Bundesregierung geplante Betreuungsgeld kippen und stattdessen die frühkindliche Bildung in Einrichtungen stärken. In einem Gesetzentwurf (17/1579) schlagen die Parlamentarier deshalb vor, die Ankündigung einer monatlichen Zahlung für Eltern, „die ihre Kinder nicht in Einrichtungen betreuen lassen“, aus dem Sozialgesetzbuch zu streichen. Die unter der schwarz-roten Koalition eingeführte und im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung durch das Betreuungsgeld weitergeführte Klausel, so heißt es in dem Entwurf, konterkariere „zentrale bildungs- und sozialpolitische Zielstellungen.“ Laut Grünen-Fraktion ist die frühkindliche Bildung als Schlüssel für einen lebenslangen Bildungserfolg durch ein Betreuungsgeld in Gefahr. Insbesondere bildungsfernen und einkommensschwachen Eltern werde auf diese Weise ein Anreiz gegeben, „ihren Kindern frühe Förderangebote in einer Kinderbetreuungseinrichtung vorzuenthalten und sich stattdessen für die Auszahlung einer Geldleistung zu entscheiden“. Die durch Streichung des Betreuungsgel-

des zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von ungefähr 1,9 Milliarden Euro jährlich möchte die Grünen-Fraktion für eine bessere Kinderbetreuung, die Bekämpfung von Kinderarmut und andere familienpolitische Maßnahmen verwenden.

Quelle: heute im bundestag Nr. 153 vom 12. Mai 2010

- **Grüne: Sexuellen Missbrauch effektiv bekämpfen – Netzsperrn in Europa verhindern**

Sexueller Missbrauch von Kindern sowie die Verbreitung von Aufzeichnungen dieses Missbrauchs sind „verabscheuungswürdige Straftaten“, so die Bündnis 90/Die Grünen. Die Grünen fordern deshalb in einem Antrag ([17/1584](#)) die Bundesregierung auf, sie solle auf europäischer Ebene darauf hinwirken, dass die Zusammenarbeit der Staaten bei einer „effektiven und rechtsstaatlich angemessenen“ Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern verbessert wird. [...] Die betreffenden Seiten würden durch leicht zu umgehende technische Sperrn lediglich verdeckt werden - letztlich jedoch im Netz verbleiben und weiterhin abrufbar sein. Es sei „entschieden abzulehnen“, wenn die EU-Kommission durch eine Richtlinie versuche, in den EU-Mitgliedstaaten ein Verfahren durchzusetzen, dessen Wirkungslosigkeit „offensichtlich“ ist.

Quelle: heute im bundestag Nr. 153 vom 12. Mai 2010

- **Grüne wollen UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen**

Die Bundesregierung soll mit einem Aktionsplan Maßnahmen ergreifen, um das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung der Vereinten Nationen zu erfüllen. Dies fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag ([17/1761](#)). Konkret verlangen die Parlamentarier, dass der Begriff der Behinderung neu gefasst werden müsse, um „stärker als bisher den Abbau von Barrieren sowie den Ausbau der Instrumente zur Ermöglichung von Teilhabe und Befähigung“ in den Mittelpunkt zu stellen. In einem gemeinsamen Aktionsplan sollen Bund, Länder und die Interessenvertreter behinderter Menschen den Fahrplan zur Umsetzung der Konvention präsentieren. Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung auf, festzustellen, dass sich die deutsche Rechtslage „eben noch nicht im Einklang mit dem Übereinkommen“ befinde und es „demensprechend gesetzgeberischen Änderungsbedarf“ gebe. Die Bundesregierung entwickle zwar derzeit einen nationalen Aktionsplan, der den Handlungsbedarf, der durch die Konvention entstehe, offen legen und einen Fahrplan zur Umsetzung präsentieren solle, heißt es in der Begründung des Antrags. Gleichzeitig vertrete die Bundesregierung jedoch die Auffassung, dass die UN-Behindertenrechtskonvention keinen gesetzgeberischen Änderungsbedarf mit sich bringe. Aufgrund dieses offensichtlichen Widerspruchs sei es besonders wichtig, Inhalt, Umfang, Prozess und zeitliche Perspektive eines solchen Aktionsplans zu kontrollieren, schreiben die Parlamentarier.

Quelle: heute im bundestag Nr. 167 vom 20. Mai 2010

- **Grüne fordern Studie zur Einkommenssituation von Hebammen**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen setzt sich dafür ein, systematisch Daten zu Arbeitsbedingungen, Tätigkeitsschwerpunkten und Einkommenssituation von Hebammen zu erheben. Bislang fehlten solche Informationen, schreiben die Abgeordneten in einem Antrag ([17/1587](#)). So sei nicht zu bewerten, ob Berichte zuträfen, nach denen wegen hoher Haftpflichtbeiträge und niedriger Honorare immer weniger Hebammen bereit seien, Geburten zu betreuen. Daher solle die Bundesregierung eine entsprechende Studie in Auftrag geben. Ferner fordern die Grünen von der Regierung, Vorschläge zur Lösung beobachteter Probleme zu erarbeiten sowie eine regelmäßige und systematische Datenerhebung zur Versorgung von Schwangeren und der Versorgungsangebote durch Hebammen zu machen.

Quelle: heute im bundestag Nr. 154 vom 14. Mai 2010

- **Botschaft der Hebammen ist angekommen: Gesundheitsminister sagt Unterstützung zu**

Es war eher ein Arbeitstreffen als ein Antrittsbesuch. Wegen der dramatischen Situation der freiberuflichen Geburtshilfe hat sich der Deutsche Hebammenverband an das Gesundheitsministerium gewandt. Wie zu erwarten gab es keine sofortigen Lösungsangebote, um die steigenden Haftpflichtprämien für freiberufliche Geburtshilfe ab dem 1. Juli 2010 zu kompensieren.

Stattdessen wurden in wohlwollender und wertschätzender Atmosphäre klare Abmachungen zwischen Gesundheitsminister Philipp Rösler und Martina Klenk, der Präsidentin des Deutschen Hebammenverbandes, getroffen. Der Minister versprach zeitnahe Treffen zwischen dem Gesundheitsministerium und dem Spitzenverband der Krankenkassen bzw. dem Gesamtverband der Versicherungswirtschaft. Auch ein Runder Tisch zwischen dem Gesundheitsministerium, dem Familienministerium und dem Arbeitsministerium ist geplant, um die Zuständigkeiten für die Belange der Hebammen zu klären. Wenn ein Hebammensterben verhindert werden soll, müssen noch dieses Jahr die Weichen gestellt werden. Entweder müssen Hebammen so viel verdienen, dass sie davon die Versicherung zahlen können, oder es müsste als Zwischenlösung ein Fond zur Finanzierung der Haftpflichtprämie bereitgestellt werden. Im Ministerium ist bekannt, dass ab Juli 10 % der Geburtshäuser keine Geburten mehr betreuen und flächendeckend kleine geburtshilfliche Abteilungen vor dem Aus stehen, wenn die dort arbeitenden freiberuflichen Beleghebammen aus ökonomischen Gründen die Geburtshilfe aufgeben.

Eine gute Hebammenbetreuung rund um Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett ist Volkswille. Das haben die knapp 100.000 Unterzeichner der E-Petition zum Ausdruck gebracht. Bis zum 17. Juni kann die Petition für die Sicherstellung freiberuflicher Hebammenhilfe noch unterzeichnet werden. Weitere Hintergrundinformationen unter www.hebammenverband.de
Quelle: Pressemeldung des Deutschen Hebammenverbandes vom 26. Mai 2010

- **Verbände machen Vorschläge für die Neuberechnung der „Hartz-IV“-Regelsätze**

Bei der Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am 17. Mai 2010 waren sich die eingeladenen Experten uneinig, wie die Leistungen der Grundsicherung („Hartz IV“) so umgestaltet werden können, dass sie dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 9. Februar 2010 entsprechen. Grundlage der Anhörung waren zwei Anträge der SPD-Fraktion (17/880) sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/675). Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil festgestellt, dass die Regelungen zur Grundsicherung „nicht dem verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums“ entsprächen. Das Gericht hatte insbesondere kritisiert, dass bei der Berechnung der Leistungen für Kinder deren spezifischer Bedarf nicht berücksichtigt worden sei. Der Regelsatz für Kinder müsste sich an „kindlichen Entwicklungsphasen und einer kindgerechten Persönlichkeitsentfaltung“ ausrichten, forderten die Karlsruher Richter. [...]

Quelle: heute im bundestag Nr. 156 vom 15. Mai 2010

- **Grünen-Fraktion will Ehegattennachzug erleichtern**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will den Ehegattennachzug nach Deutschland erleichtern. In einem entsprechenden Gesetzentwurf (17/1626) kritisiert die Fraktion, dass mit dem sogenannten Richtlinienumsetzungsgesetz vom 19. August 2007 der Nachzug von Ehepartnern und eingetragenen Lebenspartnern vom Nachweis deutscher Sprachkenntnisse abhängig gemacht worden sei. „Das Erfordernis des Sprachnachweises führt in vielen Fällen zu erheblichen Eingriffen in das Recht auf familiäres Zusammenleben in Deutschland und das Recht auf freie Partnerwahl“, heißt es in der Vorlage weiter. Die mit ihm verfolgten Ziele würden derweil nicht erreicht. Weder verhindere die Regelung Zwangsehen noch fördere sie die Integration. Zum „Schutz des familiären Zusammenlebens in Deutschland“ soll daher im Aufenthaltsgesetz das „Spracherfordernis im Herkunftsland beim Ehegattennachzug“ dem Gesetzentwurf zufolge aufgehoben werden. Gleiches gilt für die „Lebensunterhaltssicherungspflicht beim Ehegattennachzug zu Deutschen“. Schließlich soll der nachziehende Ehepartner eines Ausländers laut Vorlage spätestens zwölf Monate nach der Einreise zur uneingeschränkten Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt sein.

Quelle: heute im bundestag Nr. 159 vom 18. Mai 2010

- **Die Linke setzt sich für bezahlte Pflegezeit ein**

Für die Organisation der Pflege und der ersten pflegerischen Versorgung von Angehörigen und anderen nahestehenden Personen will die Fraktion Die Linke eine sechswöchige bezahlte Pflegezeit einführen. In einem Antrag (17/1754) erläutern die Abgeordneten, die Höhe der Bezahlung solle sich bei abhängig Beschäftigten am Arbeitslosengeld I orientieren. Während der Freistellung müssten die Beschäftigten Kündigungsschutz genießen. Die Linksfraktion setzt sich ferner

dafür ein, die Leistungen der Pflegeversicherung als Sofortmaßnahme „deutlich anzuheben“. Zudem sollten alternative Wohn- und Versorgungsformen ausgebaut werden. Grundsätzlich müsse die Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, wobei die Trennung zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung aufzuheben seien. Quelle: heute im bundestag Nr. 176 vom 3. Juni 2010

- **Petitionsausschuss fordert flächendeckende ambulante Palliativversorgung**

Der Petitionsausschuss setzt sich für eine bessere spezialisierte ambulante Palliativversorgung sterbenskranker Menschen in Deutschland ein. Einstimmig beschloss der Ausschuss am 9. Juni 2010, eine entsprechende Petition dem Bundesgesundheitsministerium „zur Erwägung“ zu überweisen und den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben. Damit soll sichergestellt werden, dass das Anliegen des Petenten überprüft und nach Möglichkeiten der Abhilfe gesucht wird.

Der Petent fordert in seiner Petition, dass das Recht der Versicherten auf eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung umgehend umgesetzt wird. Die öffentliche Petition fand im Internet 2.236 Unterstützer. Mit dem Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung seien die Krankenkassen seit April 2007 verpflichtet, eine flächendeckende Palliativversorgung sicherzustellen, heißt es in der Petition. Dies sei bisher allerdings nicht umgesetzt worden. Die Situation der Patienten werde immer schlechter, klagt der Petent. Der Petitionsausschuss betont, dass die Krankenkassen „den gesetzlichen Auftrag erhalten haben, durch Verträge [...] eine bedarfsgerechte Versorgung mit spezialisierter ambulanter Palliativversorgung sicherzustellen“. Dieser Verpflichtung kommen die Krankenkassen nach Meinung des Petitionsausschusses bisher nur unzureichend nach. „Nur sehr zögernd“ würden Verträge zur spezialisierten ambulanten Palliativversorgung geschlossen, konstatiert der Ausschuss. Die Abgeordneten verweisen darauf, dass sowohl das Bundesgesundheitsministerium als auch der Gesundheitsausschuss des Bundestages auf eine „rasche und flächendeckende Umsetzung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung“ drängten. Die Krankenkassen hätten, so heißt es weiter, aufgrund des politischen Drucks mittlerweile zugesagt, „ihre zögerliche Haltung aufzugeben und Verträge zur flächendeckenden Umsetzung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung abzuschließen“. Die Abgeordneten argumentieren, dass mit dem neuen Anspruch auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung „ein wichtiger Anspruch am Ende eines Lebens geschaffen wurde“. Er solle das menschenwürdige Sterben ermöglichen. „Die Möglichkeit, würdig sterben zu können, darf nach Ansicht des Petitionsausschusses nicht länger von den Krankenkassen auf die lange Bank geschoben werden“, unterstreichen die Parlamentarier. Quelle: heute im bundestag Nr. 182 vom 9. Juni 2010

- **Grüne wollen Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung aufheben**

Für eine Aufhebung des „Kooperationsverbotes“ zwischen Bund und Ländern im Bereich der Bildung plädiert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Mit der 2006 verabschiedeten Föderalismusreform I hätten Union und SPD die verfassungsrechtliche Grundlage für „die Wahrnehmung gesamtstaatlicher Bildungsverantwortung zerstört“, heißt es in einem Antrag der Fraktion (17/1984). Bund und Ländern dürften seitdem „keine gemeinsamen Bildungsprogramme und Investitionen für das allgemeine Schulwesen vereinbaren“. Deshalb plädieren die Grünen mit Blick auf den dritten Bildungsgipfel zwischen Bund und Ländern am 10. Juni dafür, das Kooperationsverbot aufzuheben. Auch in den Reihen der Kultusministerkonferenz werde diese Forderung inzwischen mehrheitlich unterstützt. Ebenso habe sich die „Expertenkommission Forschung und Innovation“, die die Bundesregierung in Fragen von Bildung und Forschung berät, in ihrem Gutachten von 2010 (17/990) für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes ausgesprochen, schreibt die Fraktion.

Quelle: heute im bundestag Nr. 191 vom 10. Juni 2010

- Die beiden Anträge „**Frühkindliche Bildung und Betreuung verbessern - Für Chancengleichheit und Inklusion von Anfang an**“ (Bundestagsdrucksache 17/1973) sowie „**Nationalen Bildungspakt für starke Bildungsinfrastrukturen schaffen**“ (Bundestagsdrucksache 17/1957) wurden anlässlich der aktuellen „Bildungsgipfel“-Debatte am 10. Juni 2010 in den Deutschen Bundestag eingebracht.

In den Anträgen fordert die SPD einen nationalen Bildungspakt für alle Bildungsbereiche, angefangen bei der frühkindlichen Bildung über die Schule bis zur Hochschule. Beide Anträge enthalten konkrete Forderungen zur Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur sowie ein entsprechendes Finanzierungskonzept.

Eine zentrale Forderung ist die Aufhebung des Kooperationsverbots in Art. 104b GG, um die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich Bildung zu erleichtern.

- **Entwurf eines dreiundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (23. BAföGÄndG)**

A. Problem und Ziel

Mit dem Gesetzentwurf verfolgen die Fraktionen der CDU/CSU und FDP das Ziel, durch spürbare Leistungsverbesserungen das BAföG als wesentliches Element einer umfassenden Strategie zur Entwicklung eines Dreiklangs bedarfsgerechter Angebote der individuellen Bildungsfinanzierung aus BAföG, Bildungsdarlehen und Stipendien nachhaltig zu sichern und weiterzuentwickeln. Neben der Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge sind strukturelle Anpassungen an Entwicklungen in den schulischen und tertiären Ausbildungsgängen und auch als Antwort auf die Herausforderungen des Bologna-Prozesses vorgesehen, beispielsweise bei der Altersgrenze für die Förderung von Masterstudiengängen und bei der Berücksichtigung von Leistungspunkten nach dem Europäischen System zur Anrechnung von Studienleistungen (ECTS) im Ausbildungsförderungsrecht. Daneben wird die Auslandsförderung im Schülerbereich weiter ausgebaut. Ein Schwerpunkt liegt schließlich auch beim Abbau von Bürokratie im Vollzug des BAföG. Hier sind Einsparungen beim Aufwand für Bürger wie für die Verwaltung durch die komplette Pauschalierung der Wohnkosten und mittelfristig auch im Bereich der Darlehensrückzahlung vorgesehen.

B. Lösung

Der Entwurf sieht im Wesentlichen folgende Maßnahmen vor:

- Die Bedarfssätze werden um zwei Prozent angehoben, die Freibeträge um drei Prozent.
- Die Sozialpauschalen, mit denen die Sozialversicherungskosten bei der Einkommensermittlung berücksichtigt werden, werden den aktuellen Beitragssätzen angepasst und um die gesonderte Freistellung steuerlich geförderter privater Altersvorsorgebeiträge („Riester-Rente“) ergänzt.
- Die allgemeine Altersgrenze von 30 Jahren wird für Masterstudiengänge auf 35 Jahre angehoben. Damit wird der stärkeren Individualisierung der Ausbildungsgänge insbesondere auch durch zwischengeschaltete Phasen der Berufstätigkeit Rechnung getragen. [...]

Quelle: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/015/1701551.pdf>

Nützliche Informationen

- **Arbeitshilfe: „Anregungen Evangelischer Buchpreis 2010“**

Anlässlich der 32. Verleihung des Evangelischen Buchpreises hat das Evangelische Literaturportal die Arbeitshilfe „Anregung zum Evangelischen Buchpreis 2010“ herausgebracht. Die Arbeitshilfe macht Vorschläge, wie das prämierte Jugendbuch „ZebraLand“ von Marlene Röder in der Konfirmandenarbeit, im Religionsunterricht und im Gottesdienst eingesetzt werden kann. Im Mittelpunkt stehen Entwürfe für einen Jugendgottesdienst und einen Leseabend mit Jugendlichen und Erwachsenen. Das 24-seitige Heft kann beim Evangelischen Literaturportal bestellt werden: E-Mail: info@eliport.de.

Weitere Informationen unter

<http://www.ekd.de/aktuell/70540.html>

http://www.ekd.de/aktuell_presse/pm15_2010_ekir_buchpreis_eliport.html

<http://www.eliport.de/evangelischer-buchpreis/evangelischer-buchpreis-2010>

Quelle: EKD-Newsletter Nr. 354 vom 26. Mai 2010

- **Inklusion von Kindern: Neue Ausgabe „frühe Kindheit“ erschienen**

Zu dem Themenschwerpunkt „Inklusion von Kindern mit und ohne Behinderung“ ist die neue Ausgabe der Zeitschrift „frühe Kindheit“ erschienen. Das Heft enthält Beiträge u. a. von Elisabeth Wacker („Inklusion: Mehr Chancen für gesundes Aufwachsen für alle, (noch) Neuland der Kinder- und Jugendhilfe“), Theo Frühauf („Von der Integration zur Inklusion – ein Überblick“),

Daniela Kobelt Neuhaus, („Inklusion – Konsequenzen für die Praxis in Kindertageseinrichtungen“), Timm Albers („Inklusion in der frühen Kindertagesbetreuung – Anforderungen an eine inklusive Frühpädagogik“), Jo Jerg („Inklusion von Anfang an – Entgrenzungen als Herausforderung für eine inklusive Gestaltung von Kindertagesstätten“), Sibylle Hausmanns („Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen als Grundlage und Messlatte von Bildungs- und Behindertenpolitik“) sowie ein Interview mit Hubert Hüppe MdB, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen („Es besteht dringender Handlungsbedarf auf allen Ebenen“). Außerdem enthält das Heft folgende Praxisbeiträge: „Index für Inklusion – Handreichung für Kindertageseinrichtungen“, „Es ist normal, verschieden zu sein! Die Integrative Kindertagesstätte PUSTEBLUME“, „Inklusion als Normalität – Das Kinder- und Familienzentrum St. Augustinus“, „Die Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“, und „Leben so normal wie möglich – Die Vereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung tritt für Inklusion und Selbstbestimmung ein“.

Das Heft kann bei der Geschäftsstelle der Deutschen Liga für das Kind zum Preis von 4,50 Euro (zzgl. Versandkosten) bestellt werden (bei Abnahme ab zehn Heften 4,- Euro pro Stück, ab hundert Heften 3,- Euro pro Stück).

Kontakt: Deutsche Liga für das Kind, Charlottenstr. 65, 10117 Berlin Tel.: 030 / 28 59 99 70, Fax: 030 / 28 59 99 71, E-Mail: post@liga-kind.de

- **Praxishandbuch Elternkompass ist nun veröffentlicht**

Es richtet sich an Professionelle aus einheimischen und migrantischen Weiterbildungsverbänden sowie an Vertreter/innen vorschulischer, schulischer Bildung und Unternehmen (inkl. ethnischer Ökonomie). Das Handbuch erläutert das Konzept und die Durchführung von zwei Weiterbildungsformaten und den Kooperationsansatz:

1. Elternkompass für zugewanderte und einheimische Mütter, Väter (!) und Familienangehörige aus sozial benachteiligten Milieus.
2. Qualifizierung für zugewanderte und einheimische Elternpaten/innen.
3. Lokale Bündnisbildung zur partizipativen Gewinnung der Zielgruppe und der Entwicklung inklusiver Angebotsformate und Angebotsformen.

Die Volkshochschulen Bielefeld, Bremen, Ludwigshafen, Konstanz-Singen und Weimarer Land und der DVV mit dem Projektbeirat haben alle Konzepte mit den Kooperationspartnern sowie Vertreter/innen aus verschiedenen Communities partizipativ entwickelt, erprobt und angepasst. Der Ansatz wurde intern und extern evaluiert.

Bei Zusendung eines mit 1,45 Euro frankierten und mit Ihrer Anschrift versehenen Rückumschlag erhalten Sie die CD-Rom. Bei Interesse an der Umsetzung des Ansatzes kann ein halbtägiger Einführungsworkshop organisiert werden.

Kontakt: Deutscher Volkshochschul-Verband e.V., Christina Schlich, Projektleitung „Elternkompass“, Obere Wilhelmstraße 32, 53225 Bonn, Telefon: 0228 / 62 094 75 - 62, Fax: - 69, E-Mail: schlich@dvv-vhs.de, www.dvv-vhs.de

- **EREV - Beratungsführer „Unser Recht auf Erziehungshilfe ...“ für Eltern und junge Menschen ist neu aufgelegt worden und kann ab sofort wieder bestellt werden.**

Inhaltsverzeichnisse der EREV, Publikationen sowie Informationen zu dieser Neuauflage finden Sie unter www.erev.de im Menü „Publikationen“.

Kontakt: Evangelische Jugendhilfe / EREV - Schriftenreihe Evangelischer Erziehungsverband e.V., Bundesverband evangelischer Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe, Flüggestr. 21, 30161 Hannover, Tel.: 0511 / 39 08 81 14, Fax: 0511 / 39 08 81 16

Quelle: E-Mail der EREV vom 4. Juni 2010

- **Jedem Kind ein Instrument – Ein Jahr mit vier Tönen**

Dokumentarfilm von Oliver Rauch (D 2010, 90 Min.)

Eine Produktion von SUR Films in Koproduktion mit dem WDR, Alokatu und cine+. Buch und Regie: Oliver Rauch, Bildgestaltung: Boris Becker, Zusätzliche Kamera: Thomas Kutschker, Montage: Klemens Radke, Tonaufnahme: Achim Fell, Andreas Turnwald, Bernd von Bassewitz, Mischung: Michael Hinreiner, Musik und Sounddesign: Simon Stockhausen, Tonstudio: RuhrSoundStudios, Herstellungsleitung: Yvonne Ruocco, Regieassistenz: Dirk Fleiter, Produktionskoordination: Verena Lehmkuhl, Marcelo Ruocco, Filmgeschäftsführung: Eva Jürgens, Redaktion WDR: Lothar

Mattner, Jutta Krug, Produktionssekretariat WDR: Monika Dreissus, Produzent: Detlef Ziegert, Verleih: REAL FICTION, www.realfictionfilme.de. Gefördert durch FFA, DFFF, Filmstiftung NRW. Kinostart: 1. Juli 2010

Weitere Informationen unter www.jeki-derfilm.de und www.kulturstiftung-des-bundes.de.

- **Netzwerk Pflegegeschichte, 5. November 2010 in Frankfurt am Main**
Deadline: 30. Juli 2010

Das Netzwerk Pflegegeschichte plant anlässlich seines Arbeitstreffens am 5. November 2010 an der FH Frankfurt am Main einen fachlichen Austausch mit Vorträgen zum Schwerpunkt „Pflege und Migration“.

Mögliche Themen wären:

- Arbeitsmigration von Krankenpfleger/innen aus dem deutschsprachigen Raum, z. B. Einsatz christlicher Krankenschwestern in der Äußeren Mission
- „Gastarbeiter/innen“ in der Krankenpflege seit den 1960er Jahren
- Geschichte der Pflege von Migrant/innen

Das Netzwerk Pflegegeschichte im deutschsprachigen Raum ist der Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen (Geschichte, Pflegewissenschaft, Soziologie, Politologie, Medizingeschichte, Religionsgeschichte) aus der Schweiz, Österreich, Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland. Das Netzwerk ist im November 2007 hervorgegangen aus einer Arbeitsgruppe, die sich innerhalb eines Projekts zur Aufbereitung von Quellen zur Geschichte der Krankenpflege konstituiert hatte. Es dient dem wissenschaftlichen Austausch von Forschenden zur Pflegegeschichte und zur Geschichte aller nichtärztlichen Gesundheitsberufe sowie ihrer Praktiken und Tätigkeiten. Es begreift sich als thematisch und inhaltlich offen. Darüber hinaus führt das Netzwerk eine Mitgliederdatei von Forscherinnen und Forschern zur Pflegegeschichte im deutschsprachigen Raum, es möchte den Austausch von Informationen (Tagungen, Arbeitskreise, neue Literatur etc.) ermöglichen, ein Forum zur Bekanntmachung von Forschungsprojekten und Dissertationen bereitstellen, die Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage (z. B. Lehraufträge für Pflegegeschichte) übernehmen sowie zukünftig eine Liste pflegehistorisch relevanter Bestände von Archiven erstellen.

Themenvorschläge mit einem Abstract von max. 300 Wörtern werden bis zum 30. Juli 2010 erbeten und sind bitte zu senden an die Sprecherinnen des Netzwerks: Edeltraud Aubele (E-Mail: E.Aubele@gmx.de) bzw. Karen Nolte (E-Mail: karen.nolte@mail.uni-wuerzburg.de)

Quelle: H-NET Liste für Sozial- und Kulturgeschichte (H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU), im Auftrag von HSK (Claudia Prinz)

- **23 Millionen Menschen tun Gutes und sind dabei nicht zu sehen - zeigt sie uns!**
Der Deutsche Engagementpreis 2010

Im Rahmen der Kampagne „Geben gibt“ wird auch 2010 der Deutsche Engagementpreis vergeben, um freiwillig engagierte Menschen und ihre Projekte stärker ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken und jährlich zu ehren. Bestimmt kennen auch Sie jemanden, der sich freiwillig engagiert und dem Sie dafür „Danke!“ sagen möchten? Oder eine Institution, ein Unternehmen, eine Organisation oder eine Stiftung, die sich mit einem Projekt engagiert, das Anerkennung verdient? „Geben gibt“ zeichnet diese Menschen und Initiativen in Ihrem Namen aus! Schlagen Sie jetzt auf der Website zur Kampagne Ihre ganz persönlichen Helden für den Deutschen Engagementpreis vor. Besondere Aufmerksamkeit erhält das Engagement am 5. Dezember, dem Tag des Ehrenamts, mit der Verleihung des Deutschen Engagementpreises, der sich diesmal besonders auf das Engagement Jugendlicher fokussiert. Jugendliche engagieren sich in den verschiedensten Bereichen: im Sportverein, in der Kirche, in der Politik oder in Freiwilligendiensten. Diesen jungen Menschen möchte die Kampagne „Geben gibt“ auch in der breiteren Öffentlichkeit ein Gesicht verleihen, denn gerade sozial engagierte Jugendliche haben eine Vorbildfunktion für andere und sind für die Zukunft einer Gesellschaft unverzichtbar. Weitere Informationen über: Anja Södler, M.A., Kampagnenbüro „Geben gibt“, c/o Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V., Haus Deutscher Stiftungen, Mauerstraße 93, 10117 Berlin, Telefon: 030 /89 79 47-64, Fax -51, anja.soedler@stiftungen.org, www.geben-gibt.de

- **Koordinierungsstelle für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat im Referat 317 (Koordination Europapolitik) eine nationale Koordinierungsstelle für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011 (EJ 2011) eingerichtet. Diese hat die Aufgabe, vor und während des EJ 2011 in Deutschland Veranstaltungen, Projekte und Öffentlichkeitsarbeit auf nationaler Ebene zu koordinieren. In den nächsten Wochen soll ein nationales Arbeitsprogramm erarbeitet werden.

[Weitere Informationen.](#)

Quelle: Cultural Contact Point. Germany - Newsletter 6/2010 vom 28. April 2010

- **Politische Partizipation von Migrant/innen**

Eine Anfang April veröffentlichte Studie gibt einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zur politischen Partizipation der Migrant/innen in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Dabei stellt die Expertise insbesondere dar, welche (kollektiven und individuellen) Partizipationsformen auf kommunaler, überregionaler und Bundesebene vom politischen System der Bundesrepublik Deutschland für Migranten offen stehen und wie sie von ihnen genutzt werden.

Ein Ergebnis: Trotz eingeschränkter Möglichkeiten sind Migrant/innen in Deutschland politisch sehr aktiv, Migrantenorganisationen werden zu einem immer wichtigeren Partner der Deutschen Politik. Gleichwohl kritisieren die Autoren der Studie das fehlende Wahlrecht: So sind trotz erleichterter Einbürgerungsregelungen immer noch Millionen Bürger/innen in Deutschland von den Wahlen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene ausgeschlossen. Die Studie wurde im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erstellt.

[Weitere Informationen.](#)

Quelle: Newsletter „Dialog der Generationen“, Mai 2010

- **Stadtquartiere für Jung und Alt**

Bilanz im Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“, Herausgeben vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin

Was zeigt sich nach über drei Jahren intensiver Beschäftigung mit Stadtquartieren für Jung und Alt? Die Zukunft gehört dem integrierten, im lokalen Kontext entwickelten Konzept, das auf den städtebaulichen Stärken und den Kompetenzen der gesellschaftlichen Akteure im Quartier aufbaut. Das mit dem Anspruch auf universelle Gültigkeit entwickelte Patentrezept hingegen sollte Vergangenheit sein. Die 27 Modellvorhaben haben im Sinne dieses Paradigmenwechsels in der Stadtentwicklung ihre Konzepte formuliert und umgesetzt. Die Broschüre zieht eine Bilanz des Forschungsfeldes.

Kostenfreier Bezug: stadtquartiere@bbr.bund.de oder als Download (pdf/4646-KB) verfügbar.

Quelle: Newsletter „Dialog der Generationen“, Mai 2010



Über Anregungen, Rückmeldungen und geeignete Veranstaltungshinweise für kommende Ausgaben unseres Newsletters freuen sich Esther-Marie Ullmann-Goertz (Redaktion) und Janina Haase (Layout und Verteiler). E-Mail: info@eaf-bund.de



Die Fachzeitschrift der eaf, die Familienpolitischen Informationen (FPI), erscheint sechs Mal jährlich. Sie kann bei der Bundesgeschäftsstelle (Einzelheft 1,70 € / Jahresabonnement 7,00 €) bestellt werden: www.eaf-bund.de/10.0.html.

Inhaltsverzeichnisse des laufenden Jahrgangs und Artikel vergangener Jahre können auf der Website der eaf eingesehen werden: www.eaf-bund.de/93.0.html



Weitere aktuelle Informationen, Texte, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Dokumentationen der eaf sind auf unserer Homepage <http://www.eaf-bund.de/> zu finden.